

Die Linke und Kreditinstitute

**Für eine demokratische Arbeiterbank**



Für weitere Vorschläge zur Demokratisierung ausgewählter gesellschaftlicher Prozesse und Institutionen siehe:

**[www.demokratie-und-klasse.org](http://www.demokratie-und-klasse.org)**

Versionsnummer: 2026-07-06

Wer arbeitet, bekommt Lohn und wer Lohn empfangen will, der kommt nicht darum herum, bei einer Bank ein Konto zu haben. Alle Lohnabhängigen sind dadurch gezwungen, Kunde bei einer Bank zu sein. Im Grunde ist dies eine ziemliche Frechheit. Warum? Das wollen wir im Nachfolgenden zeigen:

## I. Der Kapitalismus

Der Kapitalismus ist die warenproduzierende Wirtschaft und die darauf aufbauende Gesellschaft zeichnet sich durch zwei große gesellschaftliche Klassen aus. Einerseits die Kapitalisten, das sind die Besitzer der Nahrungs- und Produktionsmittel. Andererseits das Proletariat, die Arbeiterklasse<sup>1</sup>. Der Prolet ist dabei auf zweifache Weise frei:

- Erstens: Frei von Produktions- und Nahrungsmitteln. Arbeiter haben keinen Grund- und Boden, keine Werkstätten oder gar Fabriken, mit denen sie das produzieren können, was sie zum Überleben und Leben brauchen.
- Zweitens: Frei seine Arbeitskraft zu verkaufen. Der einzelne Prolet hat keinen anderen Besitz als seine Arbeitskraft, er muss sich verkaufen, aber wo, an wen und zu welchen Bedingungen, steht nicht fest.

Wer seine Arbeitskraft verkaufen will, muss sie wie eine Ware zu Markte tragen. Sie wird verkauft, um die Mittel zu erhalten, die zum Überleben und Leben benötigt werden. Der Arbeiter verkauft seine einzige Ware Arbeitskraft (W) gegen Geld (G), das ist sein Lohn. Hiervon kauft er sich die Waren (W), die er braucht (Obdach, Kleidung, Nahrung et cetera). Diese Bewegung können wir festhalten als:

- $W - G - W$

---

1 Die Arbeiterklasse darf sich nicht spalten lassen, weder entlang der Hautfarbe oder der Nation, der geschlechtlichen oder sexuellen Identität und auch nicht entlang der Beschäftigungs- und Einkommensverhältnisse, solange sie aus dem Verkauf der eigenen Arbeitskraft resultieren.

Der Kapitalist hingegen will und muss Profit machen, er hat eine hohe Geldsumme ( $G$ ), kauft Produktionsmittel und Arbeitskräfte ein ( $W$ ), lässt Waren produzieren, die er wieder verkauft und voilà: es ist mehr Geld als vorher vorhanden ( $G'$ ). Die Bewegung wäre hier:

- $G - W - G'$

Dabei ist das Mehrgeld nicht wie Manna vom Himmel gefallen oder durch Diebstahl im Kauf- und Verkaufsprozess entstanden (einfach billig einkaufen und teuer verkaufen). Nein, das Mehr in  $G'$  wurde in der Produktion durch die Arbeitskräfte erarbeitet, die der Kapitalist vorher gekauft hatte. Denn eine Arbeitskraft kann länger arbeiten als sie selbst kostet. Der Arbeiter schafft ein Mehrprodukt, das sich der Kapitalist aneignet und verkauft. Hieraus entsteht am Ende sein Profit. Eine Methode den Profit zu erhöhen, liegt darin, die Lohnabhängigen länger für den gleichen oder für weniger Lohn arbeiten zu lassen.

Obwohl die Kapitalisten am Markt in Konkurrenz zu einanderstehen können, sind sie sich einig, wenn es um ihre Profite geht. Zusammen wollen sie ihren Besitz und Reichtum schützen, auf einem ausreichend hohen Niveau halten und für die Zukunft ausbauen. Die Kapitalisten sind damit eine Klasse an sich und für sich. Sie bilden Vereine und Institutionen, um ihre Bedarfe gemeinsam zu diskutieren und zu gestalten, ersichtlich in den deutschen Industrie- und Handelskammern oder in den zahlreichen Arbeitgeberverbänden und Vereinen.<sup>2</sup>

In den ersten Jahrzehnten der Industrialisierung führte das uneingeschränkte Profitstreben zu radikaler Ausbeutung und Massenelend. Doch eben aus dieser Situation heraus konnten die Proleten selbst Macht gewinnen und den Kapitalisten etwas entgegensetzen – und zwar durch ihre bewusste Vereinigung, denn jede Maschine steht still, wenn die Arbeiter es wollen. So

---

2 Bspw. <https://www.familienunternehmer.eu/index.html>  
Kritik siehe <https://www.familienclans.org/>

gründeten sich in Deutschland solidarische Arbeitervereine, zur gegenseitigen Bildung, Beratung, Unterstützung und Stärkung, aus denen wiederum Gewerkschaften und Parteien erwuchsen. Aus der ökonomischen Klasse an sich, wird eine politische Klasse für sich, die sich zur gegenseitigen Absicherung und für ein besseres Morgen zusammenschließt. Durch die Einigung der Arbeiter zu einer politischen Klasse gewinnen die Proleten an Macht und Mittel, um den Kampf zur Verbesserung ihrer Lebenssituation aufzunehmen. Dazu stellt sich bereits sehr früh die Frage, wozu es den Fabrikherren, den Kapitalisten überhaupt braucht? Er muss nicht arbeiten, er lässt arbeiten und zieht aus dem, was andere leisten, einen Profit, von dem er behauptet, dass dieser sein Eigen wäre. Der größte und stärkste Teil der Arbeiterklasse hat dies im 19. Jahrhundert hinterfragt und mehr oder minder offen die Losung ausgegeben, den Kapitalisten zu entmachten und den ganzen Laden selbst zu übernehmen. Diese sozialistischen und kommunistischen Strömungen der Arbeiterklasse waren und sind bis heute die Schreckvorstellung aller Kapitalisten.

## II. Der individuelle Lohnfonds des Arbeiters

Also, der Arbeiter verkauft seine Arbeitskraft und erhält dafür Lohn. Klar ist, dass dieser Lohn für eine gewisse Zeit ausreichen muss. Der Prolet muss sich damit Essen, Obdach, Kleidung und alles andere kaufen. Zudem muss der Lohn für alle anderen Familienmitglieder reichen (die nicht für Lohn arbeiten), auch zur Aufzucht von zukünftigen Arbeitskräften, sprich der Kinder. Er muss dabei Rücklagen bilden können, um nach einem gewissen Verschleiß von Dingen des täglichen und häuslichen Bedarfs Ersatz zu beschaffen – das ist Sparen. Seine Ersparnisse bilden seinen individuellen Lohnfonds. Arbeiter wurden lange Zeit in bar am Zahltag entlohnt, das heißt, dass der Lohn am Ende des Monats, wöchentlich oder zweiwöchentlich direkt ausgezahlt wurde. Das Bargeld wurde aus Sicherheitsgründen in eine Tüte aus Papier verpackt. Und das, was die Proleten vom Lohn für ihre eigene Reproduktion und Reserve zurücklegten,

kam in einen Sparstrumpf oder in ein Sparschwein oder in ein Versteck unter der Matratze. Der Punkt ist – das Geld war erstmal weg und wurde für einen bestimmten Zeitraum aus dem Kreislauf der Warenproduktion, aus dem stetigen Wechsel von Verkaufen und Kaufen herausgenommen. Seit 1957 wurde in der Bundesrepublik Deutschland diese bare Lohnzahlung verdrängt, weil immer mehr Unternehmen dazu übergingen, Löhne auf Girokonten zu überweisen. Voraussetzung hierfür ist, dass der Arbeiter Kunde einer Bank ist und über ein Girokonto verfügt.

### III. Die Bank

Jede Fabrik und jedes Unternehmen, das etwas herstellt, hat gewisse Aufgaben und Tätigkeiten zu erledigen, ohne die eine Produktion und der Verkauf von Waren nicht möglich wäre. Statt dass jedes Unternehmen diesen bestimmten Aufgaben und Tätigkeiten für sich allein nachkommt, so ist es häufig effektiver, wenn sich ein Unternehmen auf eine bestimmte Aufgabe und Tätigkeit spezialisiert und diese für mehrere andere Unternehmen erledigt. Insgesamt können damit alle Kosten einsparen und ihren Profit erhöhen. Diesem Prinzip folgend, ergibt sich die Funktion von Handel und Banken im Kapitalismus. Sie tun konzentriert das, was sonst die einzelnen Kapitalisten für sich selbst tun müssten (siehe Grafik M1). Heutzutage ist jeder Prolet Kunde einer Bank und verfügt über ein Girokonto. Die Lohntüte oder die Auszahlung von Lohn in bar existiert nur noch in wenigen Branchen und ist so gut wie verschwunden. Die Abwicklung von Käufen und Verkäufen in bar kommt zunehmend aus der Mode. Der Zahlungsverkehr mittels EC-Karte, Kreditkarte oder anderweitig digital ist die Regel und wird es zukünftig auch bleiben. Für die Klasse der Kapitalisten ist das eine bequeme wie wünschenswerte Situation. Warum?

1. Statt händisch zusammengestellter Lohntüten können Löhne nun einfach, standardisiert wie automatisiert, digital überwiesen werden. Die Kapitalisten konnten dadurch in ihren Produktions- und Verwaltungsprozessen

## M1: Was macht eine Bank?

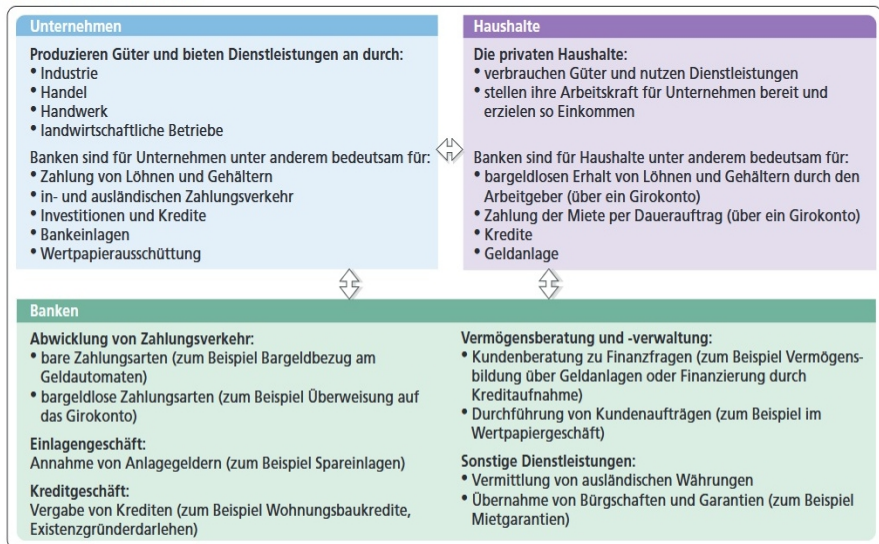
Banken sind Unternehmen, die Geldgeschäfte tätigen dürfen und Dienstleistungen rund ums Geld anbieten. Dazu benötigen sie eine spezielle Erlaubnis und unterstehen einer besonderen Aufsicht. Zu ihren wichtigsten Geschäften gehören das Einlagen- und das Kreditgeschäft, das Wertpapiergeschäft, also beispielsweise der An- und Verkauf von Aktien oder Wertpapieren, oder die Abwicklung des Zahlungsverkehrs.

Banken übernehmen innerhalb des Geld- und Wirtschaftskreislaufes eine wichtige Funktion, da sie als Mittler zwischen Kapitalgebern und Kapitalnehmern tätig sind.

Sie ermöglichen es beispielsweise Sparern, Beträge überwiegend kurzfristig anzulegen. Gleichzeitig vergeben sie Kredite an Privatleute oder Unternehmen, die Geld benötigen – in der Regel über einen langen Zeitraum. Während Unternehmenskredite oder private Immobilienkredite für einen Hausbau oder Hauskauf sehr große Beträge umfassen können, sind die Anlagebeträge der privaten Sparer meist überschaubar.

Die Banken sorgen dafür, dass Geldmittel so unverteilt und gebündelt werden, dass alle Interessen ausgeglichen werden können. Banken versorgen so den Wirtschaftskreislauf mit Geld und sind damit ein wichtiges Rad im Getriebe einer funktionierenden Volkswirtschaft.

### Die Bank im Geldkreislauf



Quelle: eigene Darstellung

Copyright: Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR)

[www.jugend-und-finanzen.de](http://www.jugend-und-finanzen.de)

Stand: März 2018 (Aktualisierung)

Kosten einsparen. Mehr noch. Die Kosten für ein solches Konto werden auf die Arbeiterklasse mittels Kontoführungsgebühren abgewälzt. Das heißt, dafür dass ein Prolet seinen Lohn bekommt, muss er Gebühr für das Konto oder Nutzung bspw. einer EC-Karte bezahlen.

2. Mit dem Lohn der Proleten können die Banken planen und arbeiten. Auf Basis der Gelder, die auf dem Girokonto liegen und regelmäßig eingehen, können Banken nicht nur Kredite vergeben, sondern auch aufnehmen und anderweitige Finanzmarktgeschäfte tätigen. Die Arbeiter brauchen hierzu noch nicht mal gefragt werden, eine Erlaubnis der eigentlichen Eigentümer des Lohnes ist nicht notwendig und diese erhalten auch keine Information, was mit diesen Geldern gemacht wird. Hinzu kommt, dass Geld auf dem Girokonto in der Regel nicht verzinst wird – das heißt, dass die Eigentümer der Lohnsummen nichts dafür erhalten, dass hieraus wiederum Kreditgeschäfte getätigt werden.

### 3. Dispo und Kredit

In der Regel können Girokonten überzogen werden. Das heißt, wer ein Girokonto hat, kann sich leicht und schnell verschulden. Dazu kommt, dass der Dispokredit gewöhnlich erst auf aktive Anfrage eines Kontobesitzers gesperrt wird – erst dann ist ein versehentliches Überziehen nicht mehr möglich. Die Banken machen mit dem Dispokredit ein gutes Geschäft, da der Überzieher für den Kredit sehr hohe Zinsen zu zahlen hat (je nach Bank reicht die Spanne bis zu 17 %). Vom Dispo mal abgesehen, haben Banken für Lohnabhängige eine Reihe von weiteren Kreditangeboten, die auch aktiv beworben werden. Ihnen wird eine gewisse Geldsumme angeboten, die sie mit Zinsen zurück bezahlen müssen. Diesen Angeboten ist die Verschuldung des Arbeiters gemein, mit der wiederum die Banken als Unternehmen mitfinanziert werden. Dies freut die Kapitalistenklasse prinzipiell – nicht nur dass sie ihre Waren und Produkte schnell absetzen können und dass die Arbeiterklasse ihre Banken cofinanziert, der Prolet hat auch noch zusätzlichen Anreiz zu arbeiten und seinen Arbeitsplatz zu erhalten (aus Angst vor der Schuldenfalle, ggf. auch länger arbeiten für weniger Lohn).


#### 4. Sparzins, Dividende und Rendite


Banken bieten Lohnabhängigen verschiedene Sparangebote zu Zwecken der Reservenbildung an, wie bspw. Tagesgeldkonten, Sparbücher oder Festgeldkonten. Je nachdem, wie viel und für wie lange Gelder eingezahlt werden, erhält man Zinsen. Dem Arbeiter wird suggeriert, dass hier für ihn eine sichere Geldanlage geschaffen ist. Doch die Zinsgelder fallen nicht einfach vom Himmel, genauso wenig wie Profit. Die Banken investieren oder verleihen diese Geldsumme in der Regel an produzierende Unternehmen. Diese setzen dann erneut den Prozess von G-W-G` in Gang. Das heißt, dass mit der Geldsumme Produktionsmittel und Arbeitskräfte eingekauft, Waren produziert und anschließend verkauft werden. Am Ende entsteht Profit, den sich die Kapitalisten aneignen. Es gilt daher, dass die Zinsgelder in der Produktion erarbeitet werden müssen, damit die Investition oder der Kredit inkl. Zinsen und Gebühr für die Bank zurückbezahlt werden können. Aber wo nun diese Gelder investiert und zu welchen Bedingungen Kredite ausgegeben werden, davon erfährt der sparende Prolet nichts, kann darüber nicht mitberaten oder gar entscheiden. Selbst wenn er das auch gar nicht möchte, ist es nicht in seinem, sondern im Sinne der Kapitalisten. Mit dem Geld der Proleten werden wiederum Arbeiter ausgebeutet oder beispielsweise auch die Rüstungsindustrie befördert, durch die im schlimmsten Falle wieder einmal Proleten andere Proleten töten.

Abschließend bleibt der Umstand, dass die Zinsen für derartige Sparoptionen schon seit geraumer Zeit unter der Inflationsrate liegen und daher eher wenig interessant sind. Die Bankiers meinen, die Arbeiter sollten einen Blick auf Wertpapiere werfen, wenn sie angemessene Zinsen erwarten möchten. Dabei sind Wertpapiere Urkunden, die dem Inhaber bestimmte Vermögensrechte sichern. Wertpapiere verfügen zwar über ein höheres Risiko als

andere Geldanlagen, gelten allerdings auch als renditestärker ... oder um im obigen Sprachgebrauch zu bleiben, es gibt hier mehr Zinsen auf das Ersparte.

So gut wie jede Bank hat entsprechende Angebote parat, feste Pakete, die eingekauft werden können oder individuelle Lösungen, wo sich der Kunde Wertpapiere seiner Wahl selbst kauft. Durch die Digitalisierung der letzten Jahrzehnte ist für den einzelnen Proleten die Eintrittsschwelle auf den internationalen Finanzmarkt enorm niedrig und lässt kaum Wünsche offen.



**ING** 

**Zukunftsaussichten?**  
**Super, weil Du den Plan hast!**

Mit Wertpapier-Sparplänen sinnvoll Vermögen aufbauen.

- ✓ Kostenloses Direkt-Depot zur Verwaltung. [Jetzt eröffnen.](#)
- ✓ Mit unserem Sparplan-Rechner ganz einfach planen.
- ✓ Auswahl an ETFs, Fonds, Aktien und [Zertifikate-Sparplänen.](#)
- ✓ Zum 01., 07., 15. oder 23. des Monats ausführen.

**2.000+**  
Sparplanfähige Wertpapiere  
Besonders günstig: Unsere große Auswahl an [ETF-Sparplänen.](#)

**Ab 1 €**  
Sparplanrate  
Klein einsteigen macht es Ihnen leichter, viel zu erreichen.

**100 %**  
Flexibel bleiben  
Sparrate jederzeit anpassen oder Sparplan aussetzen.

3

Obwohl es eigentlich zum Weinen wäre, ist der Witz folgender ... allein über die Anzahl der grundsätzlichen Formen an Wertpapieren und deren Unterschiede können viele viele Seiten gefüllt werden, ob nun über Anleihen,

3 Screenshot vom 10.01.2025 der Werbung auf der ING DiBa Homepage: <https://www.ing.de/>

Zertifikate, Optionsscheine, ETFs, Fonds oder direkt Aktien. Die Wertpapiersuche in der ING DiBa Banking App zeichnet 2025 vier Kategorien:

- Aktien
- ETFs
- Fonds
- Hebelprodukte

Mittels Filtersuche können die Wertpapiere durchsucht werden. In der Kategorie Aktien gibt es über 17.000 Optionen, bei ETFs über 2.600 und über weitere 7.000 Fonds, aus denen der Sparer auswählen kann. Die Kategorie Hebelprodukte unterteilt sich in Knock-outs/Turbos, Faktoroptionsscheine und normale Optionsscheine, allein bei letzteren gibt es über 450.000 Auswahlmöglichkeiten. Damit nicht genug. Aktie ist nicht gleich Aktie, auch hier gibt es weitere Unterschiede:

- Stammaktien – Stimmrecht
- Vorzugsaktien – kein Stimmrecht
- Inhaberaktien – leichte Übertragbarkeit
- Namensaktien – komplizierte Übertragbarkeit
- Stückaktien - fester Unternehmensanteil
- ...

Die Sparkasse informiert<sup>4</sup> derweil auch über die unterschiedlichen Gruppen bei ETFs, dazu zählen unter anderem:

- Aktien-ETFs
- Anleihen-ETFs
- Krypto-ETFs
- Edelmetall-ETFs
- Geldmarkt-ETFs
- Immobilien-ETFs
- Regionen-ETFs
- ...

---

4 Siehe <https://www.sparkasse.de/pk/produkte/sparen-und-anlegen/geld-anlegen/wertpapiere/etf.html>

### Exkurs: Stammaktie

Die Stammaktie erscheint als eine der ursprünglichsten Aktienformen. Mit dem Erwerb einer Stammaktie erhält man die Aktionärsrechte einer Aktiengesellschaft. Das wesentlichste Recht ist die Teilnahme an der sogenannten Hauptversammlung: In dieser jährlichen Veranstaltung werden der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft gewählt, die Dividende bestimmt sowie Kapitalerhöhungen und Zukäufe beschlossen.

Mit ihrem Stimmrecht können die Aktionäre also bei der Verwendung des Unternehmensgewinns mitreden, aber auch die künftige Entwicklung des Unternehmens mitbestimmen. Sie können Übernahmen oder Kapitalmaßnahmen genehmigen und dem Vorstand ihr Vertrauen aussprechen oder eben auch nicht.

Dazu kommt das Auskunftsrecht: Jeder Aktionär hat das Recht, über alle wichtigen Angelegenheiten der Aktiengesellschaft informiert zu werden. Er kann unternehmensrelevante Fragen an das Unternehmen stellen, sofern er sie vor der Hauptversammlung schriftlich einreicht.

Das klingt doch gut und fair. Aber Obacht – hier ein kleines Beispiel:

Eine Stammaktie von adidas kostete Anfang 2024 rund 200 € und als Dividende wurden im selben Jahr 2 € pro Aktie ausgezahlt (das sind 1 % Zinsen, nicht doller, aber mehr, als wenn 200 € auf dem Girokonto versauern). Dazu gibt es das Stimm- und Auskunftsrecht.

Doch es gibt 180 Millionen Aktien von adidas. Damit sind die Aktionärsrechte eines einzelnen Proleten, der sein Ersparnis in Stammaktien anlegt, nur ein Sandkorn in der Wüste.

Bei der Sparkasse schließt sich der Kreis bei der Auflistung der unterschiedlichen Fondsarten – man siehe, ETF ist auch ein Fonds:

ETF = *Exchange Traded Funds*

Summa summarum: wer soll sich denn nach 40 Stunden Arbeit in der Woche (plus Überstunden, auf die der Prolet ja Lust haben soll), in dieser Flut an Informationen und in dem Dschungel von Wertpapieren zurechtfinden? Oder soll man auf die angeblich sozialen Medien vertrauen, wo vermeintlich neutrale und uneigennützig Influencer in dreiminütigen Kurzvideos ihre Strategie darlegen, wie jedermann Millionär werden kann? Oder überlässt man derlei Dinge lieber gleich der persönlichen K.I.-Assistenz?

Abschließend bleibt nur die Frage, cui bono, wem nützt es? Der Kapitalistenklasse geht es darum, dass der Arbeiter seine Ersparnisse über die Bank oder den Wertpapiermarkt dem Kapitalisten wieder zur Verfügung stellt, damit dieser mit dem Geld in seinem Sinne `arbeiten´ kann. Aber was mit dem Ersparten tatsächlich passiert, wohin es geht und was damit gefördert wird, ist nicht nur nicht transparent, sondern auch losgelöst vom Willen des eigentlich Eigentümers und liegt nicht in der Hand des Proleten. Dieses Faktum darf nicht vergessen werden, insbesondere mit Blick auf aktuelle Debatten zur Aktienrente – auch hier sollen die Gelder der Proleten, die für die Rente bestimmt sind, vermittels des Wertpapiermarktes, der Klasse der Kapitalisten zugänglich gemacht werden.

#### IV. Der Lohnfonds der Arbeiterklasse

Im Jahr 2024 lag der durchschnittliche Nettolohn eines Arbeiters bei 2.640 €. Wie gehabt, der Lohn verzehrt sich nicht mit einem Schlag, sondern muss für eine gewisse Zeit reichen. Darüber hinaus müssen Anteile des Lohns zurückgestellt werden können, zur Bildung von Rücklagen (sparen). Gehen wir davon aus, dass der durchschnittliche Arbeiter ca. 10 % seines Lohns sparen kann. Dann spart er im Monat 264 €.

Das klingt nicht nach sehr viel und es stellt sich die Frage, ob die Kapitalisten an solch einer Summe überhaupt Interesse hätten. Doch Kleinvieh macht auch Mist, insbesondere wenn eine große Masse an Kleinvieh da ist. Im Jahr 2024 gab es rund 40 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, also Arbeiter. Mit Blick auf den durchschnittlichen Nettolohn beläuft sich die monatliche Lohnsumme, die auf Girokonten eingeht, auf über 105 Milliarden €, pro Jahr sind das mehr als 1.200 Milliarden. Die monatliche Summe des Ersparten beläuft sich somit auf 10,5 Milliarden pro Monat und 120 Milliarden im Jahr. Das ist der Netto-Lohnfonds der Arbeiterklasse und dieser wird von der Klasse der Kapitalisten fremdverwaltet und zu ihren Zwecken vernutzt.

Wir müssen hierzu konstatieren, dass es von Seiten der politischen Arbeiterklasse kaum bzw. gar keine Initiativen gibt, diesen Fonds gemeinsam zu organisieren, zu verwalten und gegen die Interessen der Kapitalistenklasse zu schützen. Stattdessen spart jeder Prolet jeweils für sich, mal mehr mal weniger planlos und steht im Grunde alleine da.

## V. BAWAG

Die österreichische Bank für Arbeit und Wirtschaft (BAWAG) geht auf ein Institut zurück, welches 1922 vom Sozialdemokraten Karl Renner als 'Arbeiterbank' gegründet wurde. In dieser Zeit war die Lohntüte noch gang und gäbe – Ziel der Bank war es nicht, die Lohngelder und Sparsummen der Arbeiter zu verwahren, „sondern um den Organisationen und Instituten der Arbeiterklasse ein Hilfsinstitut zu schaffen, das ihnen die Benützung kapitalistischer Institutionen erspart“ (Zitat Karl Renner). An der 'Arbeiterbank AG' besaßen die sozialistischen Gewerkschaften und Genossenschaften jeweils einen Anteil von über 80 %. Nach der Befreiung vom Hitlerfaschismus und dem Ende des dritten Reiches wurde die Arbeiterbank als BAWAG neugegründet und gehörte fortan zu 100 % dem österreichischen Gewerkschaftsbund. Die BAWAG entwickelte sich zu einem der größten Kreditinstitute im deutschsprachigen Raum. Doch fehlende demokratische Kontrolle, absolute Intransparenz und ein blinder Glaube an die Sicherheit wie Rechtschaffenheit kapitalistischer Finanzmarkt-geschäfte führten zu einem spektakulären wie zweifachen Ende der BAWAG. Einerseits hatte sich die BAWAG auf einen Deal mit dem amerikanischen Unternehmen Refco eingelassen und erbt dadurch einen hohen Schuldenberg. Andererseits hatte sich die BAWAG seit Anfang der 1990er auf sogenannte 'Karibik-Geschäfte' eingelassen, deren verschleierte Verluste von über eine 1 Milliarde Euro letztlich im März 2006 aufflogen. Bei diesen Geschäften handelte es sich um hochriskante Veranlagungen, vor allem in Form von Zins- und Währungswechselspielen in beträchtlicher Höhe.<sup>5</sup>

---

5 Für weitere Informationen siehe: [de.wikipedia.org/wiki/BAWAG-Affäre](http://de.wikipedia.org/wiki/BAWAG-Affäre)

Für die BAWAG, als Bank im Eigentum der österreichischen Gewerkschaftsbundes, waren diese beiden Verfehlungen das finanzielle wie ideologische Ende. Der Staat musste einspringen und übernahm die Haftung für die Schulden der BAWAG.

Neben der BAWAG gab es im deutschsprachigen Raum eine Reihe von gewerkschaftlichen Genossenschaften, die als wirtschaftliche Projekte große Erfolge erzielten, wie die Bank der Deutschen Arbeit (später Bank für Gemeinwirtschaft), die co op AG (Konsumgenossenschaft) oder die Neue Heimat (Wohnungsbaugenossenschaft). Wo diese Strukturen einst als Hilfestellung für die Arbeiterklasse gegründet wurden, sollten sie nach dem zweiten Weltkrieg in der Zeit der Blockkonfrontation und des Systemvergleichs mit sozialistischen Planwirtschaften beweisen, dass Kapitalismus auch arbeiterfreundlich möglich ist. Die mehrheitlich von SPDlern<sup>6</sup> geführten Gewerkschaften glaubten, im sogenannten Gemeinwohlinteresse erfolgreich in unterschiedlichen Märkten agieren zu können. Das private Gewinnstreben der Kapitalisten wurde schlicht ersetzt durch das Gewinnstreben eines Vereins oder Clubs – und hierin erschöpfte sich die Kritik der Gewerkschaftsvorstände an den bestehenden Verhältnissen. Kombiniert mit undurchsichtigen Strukturen, mangelnder Kontrolle und blinden Glauben an die Rechtschaffenheit des Marktes gaben sie den Verwaltern und Vorsitzenden dieser Genossenschaften fast freie Hand. Als Beispiel hierzu kann Helmut Elsner gelten, der von 1991 bis 2006 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Österreichs und von 1995 bis 2000 Generaldirektor der BAWAG war. Er wurde wegen Untreue, schwerer Schädigung der Bank und Täuschung rechtskräftig verurteilt. Aber allein in seiner Direktor-Position verdiente er bis zu 440.000 Euro jährlich, für seine Pension bekam er rund 12 Millionen (beide Angaben nach heutiger Sicht, also inflationsbereinigt). Insbesondere diese hohe Pensionsabfindung war umstritten, weil Elsner sie erhalten hatte, kurz

---

6 Nachdem in Westdeutschland 1956 die KPD verboten wurde, gab es neben der SPD auch keine politisch wirksame Arbeiterpartei mehr.

bevor die großen Verluste der Bank öffentlich wurden und der Skandal begann. Das alles zusammen führte schließlich zum Ruin der Gemeinwohlunternehmen. Was fehlte, war ein konsequenter Bezug und regelmäßige Überprüfung auf den Klassenstandpunkt der Proleten, also auf die Antwort der Frage, was der Klasse ökonomisch und politisch nützt. Dennoch erscheinen uns die ursprünglichen Ideen, insbesondere einer Arbeiterbank, noch heute als interessant, gerade mit Blick auf die Darlegungen der vorherigen Abschnitte. Zugleich müssen wir aus den Fehlern der Vergangenheit lernen.

## VI. Arbeiterbank

Zum Schutz und zur Wahrung des Lohnfonds der Arbeiterklasse braucht es ein Angebot, das aus der Arbeiterklasse selbst organisiert und von ihr selbst verwaltet wird. Es braucht eine proletarische Bank, deren Verwaltung (als Selbstverwaltungsorgan) von den Arbeitern gewählt und entsprechend wieder abgesetzt werden kann. Eine Bank, die strikt nicht gewinnorientiert arbeitet, sondern nach den Vorgaben und Wünschen der Klasse. Eine Bank, wo für jeden Arbeiter kostenlos ein Girokonto eröffnet wird, ohne Kontoführungsgebühren, ohne Überziehungsmöglichkeiten und mit 100% Einlagensicherheit. Das heißt, dass Geld auf den Girokonten darf nicht für anderweitige Zwecke genutzt oder gebraucht werden, es wird schlicht eingelagert. Das ist also eine Bank ohne anderweitige Kreditgeschäfte, wo sich nicht an der Verschuldung der Arbeiter beteiligt oder von dieser profitiert wird.

Für diejenigen, die ihr Ersparnis anlegen wollen, sollte es dezidierte wie transparente Angebote zum Sparen geben, in der Art eines verwalteten Fonds, in denen die Arbeiter einzahlen können. Denn klar ist, wer auf sein Ersparnis Zinsen haben will, bspw. um die Inflationsrate auszugleichen, kommt nicht um Finanzmarktgeschäfte herum. Zinsen entstehen nunmal nicht auf magische Weise, sondern müssen erarbeitet werden. Die Fehler der Vergangenheit lehren uns, dass es für einen solchen

Fonds klare Richtlinien braucht, die durch die Arbeiterklasse selbst definiert und deren Einhaltung von ihr regelmäßig kontrolliert werden müssen. Bspw. sollte ein solcher Fonds für die Arbeiterklasse in Deutschland nur aus Stammaktien ausgewählter wie überprüfter deutscher Unternehmen bestehen, zur Vermeidung von Interessenkonflikten – im Kern heißt dies keine Immobilien-spekulationen, kein Spiel mit Optionsscheinen und Anleihen, keine Auslands- und oder Währungsgeschäfte. Des Weiteren kann die Arbeiterklasse über den Besitz von Stammaktien gemeinsam und koordiniert, in Rücksprache mit den Betriebsräten und Gewerkschaften der jeweiligen Unternehmen, das Stimm- und Auskunftsrecht bei Hauptversammlungen als Bühne für etwaige Arbeitskämpfe nutzen<sup>7</sup>. Mittels eines solchen Fonds könnten auch die Selbstverwaltungskosten der Arbeiterbank refinanziert werden. Zusätzlich wäre hiermit ein seriöses Angebot für weitere Organisationen und Institutionen der Arbeiterklasse geschaffen, bspw. für die Gewerkschaften und deren Streikkassen. Abschließend gäbe es auch Anknüpfungspunkte und Möglichkeiten für Effizienzsteigerungen und Synergie-Effekte, bspw. mit Blick auf die Rentenkassen, wo auch für jeden Arbeiter bilanziert und informiert wird, wie viel der Einzelne bereits eingezahlt hat und welche Ansprüche daraus für seine Rente entstehen.

Doch in der Linken finden sich Forderungen nach solchen Angeboten mitnichten. Die SPD hat sich in ihrem Grundsatzprogramm von 2007 vom Klassenstandpunkt fast vollends gelöst und befürwortet sogar die Fremdverwaltung und Fremdbestimmung des Lohnfonds der Arbeiterklasse:

---

7 Letzteres nach dem Vorbild des Verbandes der kritischen Aktionäre, deren Hauptproblem ist, dass die kleinen Leute, die Stammaktien gekauft haben, dem Verband aktiv das Stimmrecht für die Aktie übertragen müssen. Bei dem hier angeregten Fonds könnten die Aktionärsrechte von vornherein gemeinschaftlich ausgeführt und genutzt werden.

*"Für kleine und mittlere Unternehmen spielen kleinere Banken und die Sparkassen eine entscheidende Rolle. Darum wollen wir ihre besondere Rolle erhalten. Zahlreiche Banken in Deutschland und vor allem die Sparkassen und Genossenschaftsbanken zeichnen sich durch ihre langfristige Unternehmensfinanzierung aus. Die Sparkassen erfüllen zudem mit ihrer Orientierung am Gemeinwohl eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe, deshalb müssen sie auch in Zukunft öffentlich-rechtlich bleiben. Diese wertvollen Stützen unserer Wettbewerbsfähigkeit wollen wir stärken."*

Mit dem letzten Satz wird klar, dass das Gemeinwohl das Wohl der Kapitalisten ist und sich an ihrer Wettbewerbsfähigkeit misst. Dazu kommt die Selbstverzweigung deutscher Riesen, denn was genau mit 'kleineren und mittleren' Unternehmen gemeint ist, ist wirtschaftswissenschaftlich gar nicht abzugrenzen. Es gibt eine Vielzahl 'mittlerer Unternehmen', die auf ihrem Gebiet Weltmarktführer sind. Die Linkspartei wandelt mit ihren Forderungen des Erfurter Grundsatzprogramms von 2011 auf einem ähnlichen Pfad:

*"Die Linke tritt für ein Bankensystem aus drei Säulen ein: Sparkassen, Genossenschaftsbanken und staatliche Großbanken."*

In Thüringen stellte die Linke rund 10 Jahre den Ministerpräsidenten als Seniorregierungspartner. Das Thüringer Sparkassengesetz, wie alle Sparkassengesetze, bildet aber lediglich die kapitalistische Funktion von Banken in Gesetzesform wieder:

*"Die Sparkassen sind dem gemeinen Nutzen dienende Wirtschaftsunternehmen mit der Aufgabe, in ihrem Geschäftsgebiet die Versorgung mit Finanzdienstleistungen sicherzustellen, insbesondere Gelegenheit zur sicheren Anlage von Geldern zu geben. Die Sparkassen stärken den Wettbewerb im Kreditgewerbe. Sie erbringen ihre Leistungen für die Bevölkerung, die Wirtschaft, insbesondere den Mittelstand, und die öffentliche*

*Hand unter Berücksichtigung der Markterfordernisse. Sie fördern den Sparsinn, die allgemeine Vermögensbildung und die Wirtschaftserziehung der Jugend."*

Wohlgermerkt, der Mittelstand, der im gesetzlichen Fokus steht, meint kleine und mittlere Unternehmen und ist nicht mit Mittelschicht gleichzusetzen (was diejenigen meint, die etwas mehr Lohn erhalten als Geringverdiener).

Genossenschaftsbanken sind eine Institution, die aus den Interessen der oben bereits erwähnten mittelständischen Unternehmen hervorgegangen sind. Sie verkörpern ebenso die kapitalistische Funktion einer Bank, wie jede andere auch. Unterschied ist nur, dass hier aktiv Genossenschaftsanteile gekauft werden müssen. Hiermit erhält der Käufer gewisse Mitbestimmungsrechte, ähnlich wie beim Kauf von Stammaktien. Der Prolet ist herzlich eingeladen mitzumachen und sein Erspartes dem Fonds der kleinen und mittleren Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Für die arbeitende Bevölkerung ist dies so ähnlich wie der Kauf von Stammaktien.

www.vr.de/privatkunden/was-wir-anders-machen/genossenschaftsbank.html

Unsere Idee      Unsere Werte      Unsere Geschichte

## Woher wir kommen

### Ursprung der Genossenschaftsbanken

Vor über 170 Jahren wurden die Volksbanken Raiffeisenbanken von Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen gegründet. Damals bot die Schaffung von Kredit- bzw. Darlehenskassenvereinen dem finanzschwachen Mittelstand eine Lösung, sich durch freiwillige Kooperation gegenseitig zu helfen und Zugang zu Krediten zu bekommen. Hiermit legten sie das Fundament für die Gründung genossenschaftlicher Banken. Auch in anderen Bereichen schließen sich seitdem Gemeinschaften zu Genossenschaften zusammen, zum Beispiel in der Landwirtschaft, im Handel oder im Handwerk. Mit etwa 17,6 Millionen Mitgliedern bilden die Genossenschaftsbanken die größte genossenschaftliche Gruppe in Deutschland.

Die Gründungsväter Hermann Schulze-Delitzsch und Friedrich Wilhelm Raiffeisen



8

Es macht keinen wesentlichen Unterschied, ob Großbanken staatlich oder nichtstaatlich sind, wenn der staatliche Auftrag via Gesetzgebung lediglich die kapitalistische Funktion einer Bank festhält. Die DKP zielt mit ihrem Grundsatzprogramm von 2006 daher auf eine klassenlose Gesellschaft. Als wichtiger Schritt hierzu die Überführung des Privateigentums der Nahrungs- und Produktionsmittel in die Hände der Arbeiterklasse. Damit sollen auch die Banken und große Unternehmen in demokratisch kontrolliertes öffentliches Eigentum überführt werden – eine gängige Forderung vieler kleiner kommunistischer Parteien und Organisationen. Doch ist dies reine Zukunftsmusik und für die lange Wartezeit, bieten die DKP und andere kommunistische Kleinparteien der arbeitenden Bevölkerung keine Ideen und Angebote an, wie sich die Proleten zur Wahrung und Pflege ihres Fonds aufstellen können.

## VII. Abschließend

Daher müsste die politische Arbeiterklasse die Forderung nach einer proletarisch demokratischen Bank wieder aufnehmen, damit die Arbeiter ihren Lohn und ihr Ersparnis gemeinsam organisieren und verwalten können, mittels einer Institution, die nur ihren Interessen dienen soll. Ihr Lohnfonds wäre dann nicht mehr fremdbestimmt durch die ihnen gegenüberstehende Klasse, sondern in eigener Kontrolle durch ein regelmäßig zu wählendes Selbstverwaltungsorgan. Damit hätten die Proleten die Mittel in der Hand, um solidarisch für ihre Belange vorzusorgen und um sich gemeinsam aufzustellen, für Zeiten, die da kommen mögen.

Für weitere Vorschläge zur Demokratisierung ausgewählter gesellschaftlicher Prozesse und Institutionen siehe:

**[www.demokratie-und-klasse.org](http://www.demokratie-und-klasse.org)**

Arbeitskreis Arbeiterbank, 2026  
Vi.S.d.P: Abdullah Grau  
Drachenbahn 20, 24159 Kiel  
Mail: [demokratie-und-klasse@posteo.de](mailto:demokratie-und-klasse@posteo.de)  
Fotonachweis: Wikipedia, Pixabay.com  
Versionsnummer: 2026-07-06

